

„Die Politik hat Angst“

Sozialrichter Jürgen Borchert über Altersarmut, Rentensicherheit, Kinderlosigkeit und politische Drückeberger

Sie warnen vor Altersarmut. Die Deutsche Rentenversicherung behauptet allerdings: „Altersarmut hat in den vergangenen Jahrzehnten erheblich abgenommen.“ Wie ist das zu erklären?

Die jetzige Rentnergeneration wurde durch die Geburtenausfälle im Ersten Weltkrieg und die Millionen Toten des Zweiten Weltkriegs dezimiert. Von 1948 bis 1965 erlebten wir dann einen Baby- und Bildungsboom. Begleitet von einer klugen Wirtschafts- und Sozialpolitik, war das der Kern des „Wirtschaftswunders“, von dem wir bis heute zehren. Diese Aufwärtsbewegung ist nun zu Ende. Zudem erleben wir seit 1965 eine doppelte Kinderarmut.

Wie meinen Sie das?

Die Geburtenzahlen haben sich halbiert, und die Hälfte aller Kinder in Deutschland wächst heute in Armut oder armutsnah auf. Rund ein Viertel aller Kinder, die die Schule verlassen, können nicht richtig schreiben, lesen oder rechnen und scheiden für den Arbeitsmarkt aus. Jedes Jahr kehren außerdem rund 100 000 High Potentials Deutschland den Rücken, die Besten der Besten. Damit entfallen die Voraussetzungen zukünftiger Produktivitätssteigerungen, auf die unsere Rentenpolitiker alle Hoffnung setzen.

Ist dies das Ende des sogenannten Generationenvertrags?

Der „Generationenvertrag“ kann gar nicht platzen. Er ist ein Kunstbegriff, denn Generationen schließen keine Verträge. Mit dem Begriff wird nur die Tatsache bezeichnet, dass jede Rentnergeneration ihre Altersversorgung der Generation ihrer Kinder verdankt. Gute Rente kann also nur der verlangen, der sich besonders für den Nachwuchs eingesetzt hat. Das gegenwärtige Renten-

system stellt diesen Zusammenhang auf den Kopf.

Inwiefern?

Heute ist die Altenversorgung sozialisiert, die Kosten der Kindererziehung sind aber privatisiert. Kinderlose erhalten Renten von den Kindern anderer Leute, ohne dass sie sich an den Aufbringungslasten nennenswert beteiligen müssen. Sie leben im Alter also auf Kosten der Eltern in ihrer Generation. Nur das Bundesverfassungsgericht hat hier bislang Klartext geredet und zuletzt bei der Pflegeversicherung verlangt, Eltern deutlich zu entlasten. Die Politik hat das in eine Mini-Reform umgesetzt und damit klargemacht, dass eine verfassungskonforme Verteilung für sie feuchter Kehrriecht ist.

Wieso unternehmen die Politiker nichts?

Weil die Frage nach dem, was gut und richtig für alle ist, in der Demokratie sofort zur Frage nach den Mehrheiten bei den Wählern wird. 75 Prozent der Haushalte sind aktuell kinderlos, die müssten je 33 Cent mehr bezahlen, damit den durch das Steuer- und Sozialsystem wirtschaftlich strangulierten Familien ein Euro mehr bleibt. Vor dieser einfachen und verfassungsrechtlich gebotenen Verteilung hat die Politik Angst wie der Teufel vorm Weihwasser und schiebt die Lösung immer weiter hinaus in der Hoffnung, die Folgen würden erst die Politikergeneration der Zukunft treffen.

Ist es nicht zu einfach, Altersarmut allein auf Kinderlosigkeit zurückzuführen? Studien zeigen, dass Menschen ohne Kinder im Schnitt mehr Steuern zahlen und kinderlose Paare weniger Sozialleistungen in Anspruch nehmen als Familien.

Diese Studien würde ich gerne sehen, ich kenne keine. Richtig ist vielmehr, dass

Verbrauchssteuern wie die Mehrwertsteuer derzeit rund 55 Prozent der Gesamteinnahmen der öffentlichen Hände ausmachen und deswegen Familien überproportional zum Staatsaufkommen beitragen, weil sie mehr verbrauchen. Im Übrigen behaupte ich nicht, dass die Kinderlosigkeit allein das Problem darstellt. Sie ist aber für die Demografie das Hauptproblem.

Interview: Annette Leyssner
Foto: ddp images / M. Benk

Dr. Jürgen Borchert, 61, ist Vorsitzender Richter beim Hessischen Landessozialgericht in Darmstadt. Ihm gelang es mehrmals, den Gesetzgeber zu Änderungen im Sozialrecht zu zwingen – zum Beispiel bei der Berücksichtigung der Erziehungsleistung bei den Pflegebeiträgen und bei der Neudefinierung der Hartz-IV-Regelsätze.

